

N i e d e r s c h r i f t

über die 50. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Mittwoch, dem 29. Oktober 2008, 17:00 Uhr bis 20:20 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

<u>Anwesenheit:</u>	CDU:	Herr Köckert , Herr Adam, Herr Klopffleisch, Frau Leutheuser, Frau Müller, Herr Ruhkamp, Herr Straßburg,
	DIE LINKE.:	Frau May , Herr Bauer, Frau Duft, Herr Pechstädt, Herr Schenke, Herr Tikwe, Herr Voß, Frau Werner, Frau Wolf
	SPD:	Frau Winter , Herr Gentzel (bis 19:15 Uhr), Herr Levknecht, Herr Dr. Schenk, Frau Stein,
	Bündnis 90/ Die Grünen:	Herr Schweßinger , Frau Müller, G. R.
	BfE:	Herr Gottstein , Frau Apel, Herr Rabe
	EA:	Herr Hofmann , Frau Fischer
	Fraktionslos:	Herr Hardel

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Doht
Bürgermeisterin, Frau Lieske
Dezernentin, Frau Rexrodt
Leiter Büro OB, Herr Hartlep
Pressestelle, Herr Wuggazer
Amtsleiter Zentraler Service, Herr Tschaar
Stellv. Amtsleiter Personalamt, Herr Zuschlag
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
Amtsleiter Finanzverwaltung, Herr Hartmann
Amtsleiter Rechts- und Organisationsamt, Herr Strathmann
Stellv. Amtsleiterin Jugend- und Schulverwaltung, Frau Waldhelm

Gäste: Herr Prof. Dr. Butscher, sachkundiger Bürger
Herr Dr. Schmidt, sachkundiger Bürger
Herr Jentsch, sachkundiger Bürger
Frau Schöller, Seniorenbeauftragte
Presse
Bürger

entschuldigt: Herr Lindig – CDU-Fraktion - verhindert
Herr Meyer – CDU-Fraktion – Urlaub
Herr Tikwe – SPD-Fraktion – verhindert

Schriftführerin: Frau Steffan
Frau Cott

Die **stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner**, eröffnet die 50. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 33 Stadtratsmitglieder anwesend und 3 entschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Die **stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner**, gratuliert allen Stadträten, die zwischen der letzten und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten.

Die **stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner**, erklärt, dass folgende Punkte von der Tagesordnung zurückgezogen werden:

- TOP 9: Haushaltssatzung der Stadt Eisenach mit den Anlagen für das Haushaltsjahr 2009 und Wirtschaftsplan des optimierten Regiebetriebes für das Wirtschaftsjahr 2009
- TOP 14: Regiebetrieb Amt für Tiefbau und Grünflächen
hier: Beendigung der Ausgleichszahlungen
- TOP 15: Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln für die Mehrkosten der Brücke über die Hörsel im Zuge der Mühlhäuser Straße

Die **stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner**, fragt, ob es Zusätze oder Änderungen zur Tagesordnung gibt.

Die **stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner**, stellt fest, dass somit die geänderte Tagesordnung gilt.

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Die **stellvertretende Vorsitzende, Frau Werner**, teilt mit, dass zwei Einwohneranfrage vorliegen. Die Einwohneranfrage wurde fristgemäß beantwortet.

Beide Fragesteller sind nicht anwesend.

Nr. 3 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Folgendes liegt in schriftlicher Form vor:

an die Stadtratsmitglieder

- Berichtsvorlage – Laufende Haushaltsführung, Hochrechnung zum 31.12.2008

- Berichtsvorlage – Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 und Entwurf des Wirtschaftsplanes des optimierten Regiebetriebes für das Wirtschaftsjahr 2009
- Einladung – Gedenken zur Pogromnacht am 09. November 2008
- Mitteilung des Deutschen Städtetages 8/2008
- Journal Regio-Takte

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt zum Tagesordnungspunkt 3 folgendes:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hatte Ihnen versprochen, im Oktober den HH-Entwurf 2009 vorzulegen. Das Gesetz verlangt, dass der Haushalt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein muss. Dieses zwingende Kriterium kann ich heute leider noch nicht nachweisen. Es war mir nicht möglich, den Gesamthaushalt 2009 in Einnahmen und Ausgaben auszugleichen, im Investitionshaushalt ist gegenwärtig noch ein Defizit in Höhe von rd. 2,6 Mio. € vorhanden.

Ich kann mein Versprechen heute nur insofern halten, dass ich Ihnen schon Unterlagen zum Entwurf des Haushaltes 2009 bzw. die Unterlagen zum Entwurf des Wirtschaftsplanes 2009 vorlege, aber Sie gleichzeitig auch bitte, mit mir gemeinsam die weitere Ausgestaltung des HH-Entwurfes und letztendlich dessen Ausgleich zu besprechen. Im Interesse dieser Stadt, ihrer weiteren wirtschaftlich-kulturellen und infrastrukturellen Gestaltung sowie bei gleichzeitigem Erhalt errungener hohen Standards im freiwilligen Bereich bitte ich Sie, mit mir gemeinsam, mit der Verwaltung, nach einer Lösung zur Gestaltung eines genehmigungsfähigen Haushaltes zu suchen. Im Ältestenrat haben wir bereits am vergangenen Montag Möglichkeiten zur weiteren Vorgehensweise besprochen.

Ich lade die Fraktionsvorsitzenden aller Fraktionen des Stadtrates kurzfristig zu einer Diskussionsrunde ein, um mit Ihnen über den Inhalt des heute vorgelegten HH-Entwurfes und die weitere Vorgehensweise zu beraten. Ich weiß sehr wohl, dass ich nach dem Gesetz in der Pflicht bin, Ihnen einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Aber ich möchte die sehr wichtigen Entscheidungen für unsere kreisfreie Stadt mit Ihnen im Komplex besprechen.

Zeitnah sollen sich auch alle Fachausschüsse mit dem Entwurf des Haushaltes 2009 befassen.

Noch sind wir in der Zeitschiene gut im Vergleich zu manchem Vorjahr und ich bin verhalten optimistisch, dass es einen ausgeglichenen, finanzierbaren und genehmigungsfähigen Haushalt für 2009 noch in 2008 geben kann. Mein Ziel ist es, diesen im Stadtrat im November 2008 vorzulegen.

Wir haben den Entwurf des Verwaltungshaushaltes 2009 schnell ausgleichen können, insbesondere dank deutlich höherer Schlüsselzuweisungen (rd. 3 Mio. € mehr) gegenüber 2008. Zu befürchten ist hier, dass wir bei dieser Einnahme 2010 einen großen „Rückschritt“ zu verzeichnen haben werden. Das Thema kommunaler Finanzausgleich lasse ich heute noch außen vor, es wird aber in den weiteren HH-Beratungen im Hinblick auf die Folgejahre ein ganz wichtiger Punkt sein.

Der Verwaltungshaushalt wurde auch trotz Ausgleich nochmals von A bis Z geprüft, um an den Vermögenshaushalt eine höhere Zuführung leisten zu können. Rund 1 Mio. € konnten somit nochmals zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes sichergestellt werden, aber damit ist dort auch die „Schmerzgrenze“ erreicht. Es ist auch wahr, dass wir die Probleme im Vermögenshaushalt haben, weil, zwar die Schlüsselzuweisungen erhöht werden, die in den Verwaltungshaushalt einfließen, gleichzeitig aber die Investitionspauschale weggefallen ist.

Denn bereits jetzt zeichnen sich neue Probleme auch für diesen Teilhaushalt ab: Aktuell liegt der Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches

Sozialgesetzbuch (SGB) vor. Danach soll die Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung in 2009 angepasst werden. Der Entwurf sieht für Thüringen eine Senkung der Bundesbeteiligung von bisher (2008) 28,6 % auf 25,4 % vor. Den Rest müssen die Kommunen ausgleichen. Dies würde für den Haushalt eine Mindereinnahme von rd. 280.000 € bedeuten, denn bis jetzt haben wir noch mit 28,6 % geplant. Darüber hinaus ist eine Erhöhung des Wohngeldes um 10 % geplant, was von uns gezahlt wird. Ob und in welcher Höhe sich daraus Auswirkungen für den städtischen Haushalt ergeben wird gegenwärtig noch geprüft. Aber auch für die Steuereinnahmen - und hier insbesondere die Gewerbesteuer bei den eigenen Steuerquellen der Stadt - und den Gemeindeanteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer muss aufgrund der tiefgreifenden Finanzkrise mit Verschlechterungen gerechnet werden. Zur Höhe kann bei der Gewerbesteuer heute dazu noch keine Aussage getroffen werden; bei den Gemeindeanteilen wird uns in Kürze die nächste regionale Steuerschätzung (Mitte November) Ergebnisse bringen, die wir dann für den Haushalt 2009 berücksichtigen müssen. Es ist daher keinesfalls von einer Entschärfung der finanziellen Situation, sondern eher von einer weiteren negativen Entwicklung auszugehen. Der Vermögenshaushalt hatte ursprünglich einen Fehlbetrag von rd. 12 Mio. €. Die angemeldeten Maßnahmen sind Maßnahmen, die notwendig sind, deshalb musste sich von gewünschten Maßnahmen getrennt werden bzw. mussten diese zeitlich gestreckt werden. Heute weist er bei einer geplanten Kreditaufnahme von 1,5 Mio. € noch den genannten Fehlbetrag von rd. 2,6 Mio. € aus. Die jetzt enthaltenen Investitionsmaßnahmen, die gegenwärtig noch nicht vollständig finanziell sichergestellt werden konnten, wurden Ihnen mit den heutigen Unterlagen ausgereicht. Schwerpunkte sind alle Verpflichtungen aus den Vorjahren (insbesondere Tilgungsleistungen, Sollfehlbetrag Jahresrechnung 2007, Beteiligung Straßenoberflächenentwässerung) und der I. und II. Bauabschnitt der Adam-Opel-Straße, die Erschließung des Eichrodter Weges, die beschlossenen Maßnahmen aus dem Parkraumkonzept sowie das Projekt „Tor zur Stadt“ und unsere Beteiligung an der Städtebauförderung. Ich bitte Sie daher abschließend nochmals herzlich, die Unterlagen zur Kenntnis zu nehmen und dann mit mir über die weitere Ausgestaltung des Haushaltes 2009 zu diskutieren.“

Nr. 4 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 48. Sitzung am 29. August 2008 – öffentlicher Teil

Die **stellvertretende Vorsitzende, Frau Werner**, erklärt, dass zur Niederschrift über die 48. Sitzung des Stadtrates am 29. August 2008 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 29 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 5 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0702/2008

Damit ist der öffentliche Teil der Niederschrift bestätigt.

Nr. 5 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 49. Sitzung am 26. September 2008 – öffentlicher Teil

Die **stellvertretende Vorsitzende, Frau Werner**, erklärt, dass zur Niederschrift über die 49. Sitzung des Stadtrates am 26. September 2008 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 29 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
5 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0703/2008

Damit ist der öffentliche Teil der Niederschrift bestätigt.

Nr. 6 der TO: Städtepartnerschaftsvertrag Eisenach – Sárospatak/Ungarn

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Stadtrat von Eisenach stimmt dem Abschluss eines Vertrages über „Freundschaft und partnerschaftliche Beziehungen zwischen der Stadt Eisenach und der Stadt Sárospatak/Ungarn“ zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den in der Anlage abgedruckten Vertragstext zu unterzeichnen.

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0704/2008

**Nr. 7 der TO: 3. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Eisenach
Hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 3 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen nicht.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, begründet die Beschlussvorlage.

Herr Hofmann erklärt, dass der Oberbürgermeister dankenswerter Weise den Hinweis der EA-Fraktion aufgegriffen hat. Weiterhin gibt er an, dass die EA-Fraktion die Zurückverweisung in die Ausschüsse für sinnvoll hält. Er korrigiert den Oberbürgermeister dahin gehend, dass der Kläger gegen die Hundesteuersatzung der Stadt Dortmund geklagt hat. Es geht in diesem Urteil darum, dass für Bedürftige das Existenzminimum, was zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens notwendig ist, steuerfrei zu sein hat. Das Gericht kam zur Auffassung, dass die Hundehaltung zur

geschützten Handlungsfreiheit eines Menschen gehört. Dieser Auffassung schließt sich die EA-Fraktion inhaltlich voll an. Herr Hofmann findet es gut, dass noch mal eine juristische Prüfung erfolgt.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die Verweisung der 3. Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung der Stadt Eisenach in den Haupt- und Finanzausschuss.**

Abstimmung: 30 Stimmen dafür
 2 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung

Nr. 8 der TO: Feststellung der Jahresrechnung 2006 und Erteilung der Entlastung

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Aufgrund des § 80 Abs. 3 der ThürKO wird die Jahresrechnung der Stadt Eisenach für das Haushaltsjahr 2006 mit den lt. Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes erfolgten Prüfungsfeststellungen festgestellt.
Gemäß § 80 Abs. 3 ThürKO wird die Entlastung für das Haushaltsjahr 2006 beschlossen.**

Abstimmung: 26 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 6 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0705/2008

**Nr. 9 der TO: Haushaltssatzung der Stadt Eisenach mit den Anlagen für das Haushaltsjahr 2009 und Wirtschaftsplan des optimierten Regiebetriebes für das Wirtschaftsjahr 2009
hier: Einbringung**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

Nr. 10 der TO: Überplanmäßige Ausgabe bei der Hilfe zum Lebensunterhalt in der HH-Stelle 41010.73010

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussvorlage mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
die überplanmäßige Bereitstellung von 110.000,00 € für die Hilfe zum Lebens-
unterhalt in der HH-Stelle 41010/000.73010.
Deckungsmittel stehen gegenwärtig nicht zur Verfügung.

Abstimmung: 21 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 13 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0706/2008

Nr. 11 der TO: Vergabe der Mittel zum Investitionsprogramm „Kinderbe-
treuungsfinanzierung“ 2009 bis 2013

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 10 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt
die Vergabe der Mittel zum Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“
2009 - 2013 wie nachfolgend aufgelistet:

- 1. Schaffung von 8 neuen Krippenplätzen in der Kindertagesstätte „Spielkiste“ – Träger Diakonia e.V. zum 01.01.2009**
- 2. Sicherung der bestehenden Krippenplätze in der Kindertagesstätte „Haus Sonnenschein“ – Träger AWO AJS gGmbH - Ersatzbeschaffung**
- 3. Schaffung von 45 neuen Krippenplätzen, Standort Mariental 7 – Träger Diakonia e.V.**
- 4. Schaffung von 45 neuen Krippenplätzen, Standort Schillerstrasse – Träger Evang.-Luth. Diakonissenhaus-Stiftung**

Abstimmung: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0707/2008

Nr. 12 der TO: Bebauungsplan der Stadt Eisenach Nr. 1 HZ „Gewerbegebiet
und Sondergebiet für ein Einkaufszentrum“
Hier: Städtebaulicher Vertrag zur 1. Änderung des o. g.
Bebauungsplanes für den Teilbereich „Sondergebiet für ein
Einkaufszentrum“

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

den vorliegenden städtebaulichen Vertrag gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 1 und 3 BauGB für das 1. Änderungsverfahren zum Bebauungsplan der Stadt Eisenach Nr. 1 HZ „Gewerbegebiet und Sondergebiet für ein Einkaufszentrum“ für den Teilbereich „Sondergebiet für ein Einkaufszentrum“ zwischen der Stadt Eisenach und der ITG Euro- Shopping- Malls Einkaufs- und Gewerbezentrum Hötzelroda GmbH & Co. KG abzuschließen.

**Abstimmung: 31 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0708/2008

**Nr. 13 der TO: Bebauungsplan der Stadt Eisenach Nr. 6. 1 „Tor zur Stadt“
 hier: Abwägung zum 1. Entwurf**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 0 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung nicht.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass es das gemeinsame Ziel des Stadtrates ist, an dieser Stelle eine qualifizierte Bebauung zu ermöglichen, die den Großteil unserer Forderungen beinhaltet. Er weist auf die Arbeitsgruppe hin, in der versucht wird, die verschiedenen Interessen fachlich zu bündeln. Er erklärt, dass es das Wichtigste ist, dass Abwägungsverfahren in einer rechtlich sicheren nicht angreifbaren Form zu beenden, um gemeinsam einen neuen Bebauungsplanentwurf für das Gebiet 6.1 auszulegen. Er weist darauf hin, dass ein neuer Entwurf schon deshalb notwendig ist, weil sich die Fläche zur Bebauung geändert hat. Im neuen Abwägungsverfahren sollen alle Abwägungen, alle Trägerbeteiligungen und öffentliche Beteiligungen erneut und ohne Einschränkungen im Beteiligungsverfahren wieder stattfinden können. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, gibt an, dass die Arbeitsgruppe sich sehr verantwortungsvoll zusammensetzen und den Inhalt des 2. Entwurfs gemeinsam formulieren wird. Er hält es für sehr wichtig, dass dieses Verfahren der Auslegung des 1. Entwurfs rechtssicher abgeschlossen wird. Er erklärt, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Variante sowie die Variante, die gestern im Bauausschuss erarbeitet wurde, rechtssicher sind. Die Variante des Bauausschusses beinhaltet auch die sichere Argumentation, dass ein neuer Entwurf erstellt werden muss mit einer kompletten Beteiligung. Damit wären die Befürchtungen von Bürgerinnen, Bürgern und Beteiligten auch ausgeschlossen.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass es unstrittig zur Auslegung eines 2. Entwurfs kommt. Die Arbeitsgruppe trifft sich am 11.11.2008 zu einer mehrstündiger Sitzung, um gemeinsam an einem Planentwurf zu arbeiten. Es wäre nach oder während der Sitzung notwendig, dass eine Einigung zwischen der Arbeitsgruppe und dem Investor zu dem neuen Planentwurf gefunden wird. Sie gibt an, dass nach dieser Arbeitsgruppe genaueres über die weitere Zeitschiene gesagt werden kann. Es ist der Wunsch der Verwaltung noch Ende diesen Jahres dem Stadtrat die Auslegung des zweiten Entwurfes vorzulegen. Die Dezernentin, Frau Rexrodt, erwartet bei einer so langen Sitzung eine Einigung zwischen Investor und der Arbeitsgruppe.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann** ist der Ansicht, dass das Votum des Bauausschusses, den Abwägungsbeschluss abzulehnen, eine sehr gute Nachricht für die Bürgerinnen und Bürger von Eisenach ist, die sich sehr engagiert bei der Gestaltung dieses wichtigen Areals für die Stadtentwicklung beteiligt haben. Er erklärt, dass vor ein paar Tagen Mitglieder des Eisenacher Aufbruchs durch die Bahnhofstraße, Karlstraße und Karlsplatz gegangen sind und mit den Bürgerinnen und Bürgern das Gespräch gesucht haben. Er kann feststellen, dass nur aus einem einzigen Laden ein positives Votum zu den bisher bekannt gewordenen Plänen des Investors zu hören war. Alle anderen waren dagegen. Herr Hofmann geht davon aus, dass ein Aufatmen durch entsprechende Geschäfte und auch Anwohner gehen wird, wenn die Chance besteht, dieses Verfahren neu aufzurollen. Er zählt die Beschlüsse, die in der Zeit von 2005 bis heute zum Tor zur Stadt und zum zentralen Omnibusbahnhof gemacht wurden und noch in Kraft sind, auf. Er findet es gut, dass all diese Pläne jetzt erst einmal auf Eis gelegt sind und eine Chance besteht, diesen Bebauungsplan neu zu erarbeiten und dazu auch einen öffentlichen Workshop durchzuführen.

Der **Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger**, erklärt folgendes: „Es ist schon interessant, welche Dynamik eine Beschlussvorlage von über 150 Seiten innerhalb von neun Tagen in vier Ausschusssitzungen des Stadtrates bekommen kann. Von einer Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus über die Empfehlung einer geänderten Vorlage des Haupt- und Finanzausschusses bis zur einstimmigen Ablehnung der Vorlage durch den abschließend tagenden Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss als dem wichtigsten Fachausschuss am gestrigen Dienstag reicht das Spektrum der Ergebnisse der Diskussionen. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses folgen. Es war für die Stadträte parteiübergreifend teilweise sehr schwer, den unterschiedlichen Rechtsauffassungen zur Verfahrensweise zu folgen bzw. sich mit gutem Gewissen zu entscheiden. Dank der berufenen Bürger, der Arbeitsgruppe „Tor zur Stadt“ und der Öffentlichkeit, die sich massiv über die Presse meldete, sowie der Kompromissbereitschaft des Oberbürgermeisters und des Baudezernates lehnen wir heute diese Beschlussvorlage ab und beenden dieses unglückliche Verfahren. Wir erhoffen uns von der Auslegung eines neuen Entwurfes des Bebauungsplanes eine wesentlich respektablere Lösung. Sie sollte inhaltlich krisenfester angelegt sein und nicht nur Park- und Verkaufsflächen vorsehen, sondern aus unserer Sicht auch ein Tagungszentrum ermöglichen. Dies muß natürlich dem Investor auch schmackhaft gemacht werden. Man muß den Investor als Partner sehen und bei den Entscheidungen eng mit einbeziehen. Dies sollte insbesondere durch die Arbeitsgruppe „Tor zur Stadt“ geschehen. An dieser Stelle mahne ich nochmals an, die Fraktionen zeitnah durch die Protokolle der Arbeitsgruppe zu informieren, um die bisher aufgetretenen Sachstandsdefizite zu beseitigen. Den Beschluss des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses, einen

Workshop zum Thema durchzuführen, begrüßen wir ausdrücklich. Er wird die Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit erhöhen und hoffentlich auch zu anschaulichen Lösungen bzw. Modellen beitragen.“

Das Stadtratsmitglied, **Frau Leutheuser**, erklärt, dass eine Stadt wie Eisenach vom Handel und Gewerbe lebt. Der Oberbürgermeister und die Verwaltung hat nach ihrer Auffassung die Pflicht, dafür zu sorgen, dass Gewerbetreibende ihr Gewerbe ausüben können. Ansonsten würde die Stadt sterben. Eisenach kann nicht nur von Kunst und Kultur leben. Auch hier ist eine passende Umgebung erforderlich. Das wäre unter anderem der Handel und das Gewerbe. Sie vergleicht die Situation mit dem Bild des Kaninchens und der Schlange. Das Kaninchen wäre die Verwaltung, die wie gelähmt wartet, was die Schlange tut. Die Schlange sind die vielen Interessengruppen. Sie ist der Meinung, dass endlich Bewegung in die Situation kommen muss. Es müsste eine klare Linie von der Stadt vorgegeben werden. Sie erklärt, dass natürlich Anregungen mit einbezogen werden, wenn sie machbar sind, aber mit einer Baubranche über Jahre werden die Gewerbetreibenden in der Bahnhofstraße nicht überleben. Sie gibt an, dass sie eine Befragung durchgeführt hat und dabei pessimistische Äußerungen von Gewerbetreibenden, Besuchern der Stadt, Kunden und Patienten erhalten hat. Sie erklärt, dass Arbeitsplätze davon abhängen, wie gut oder schlecht oder gar nicht ein Gewerbe betrieben werden kann. Hier wäre der soziale Aspekt hoch einzuschätzen. Weiterhin gibt sie an, dass, wie das Tor zur Stadt zeigt, viele Köche den Brei verderben. Für sie wird es Zeit, dass eine überschaubare Planung auf den Tisch kommt, zum einen das Parkhaus und zum anderen die Einkaufsmöglichkeiten. Die Stadt hat ihrer Ansicht nach die Verpflichtung, die in die Stadt führende Straße klug und vernünftig zu planen und zu bebauen. Sie legt dar, dass davon der gesamte Innenstadtbereich profitieren wird. Dafür gäbe es viele Beispiele in der ganzen Republik. Nach Eisenach kommen die Gäste nicht von allein. Man sollte endlich den Mut haben, eine attraktive Meile vom Bahnhof zur Innenstadt zu schaffen. Sie ist der Meinung, dass man etwas Entscheidendes für Eisenach versäumt, wenn die Gelegenheit jetzt nicht genutzt wird. Sie gibt hier die Förderung durch das Land, den Investor, dem die Luft ausgeht, den Schadensersatzforderungen, die unweigerlich auf die Stadt zukommen würden, wenn nicht bald eine Entscheidung zum Projekt getroffen werden würde, an. Auch sie ist sehr daran interessiert, dass eine attraktive Bahnhofstraße entsteht, aber diese müsste bald entstehen. Sie bittet darum, auch an die Arbeitsplätze und die soziale Situation zu denken, die entstehen würde, wenn Pleiten in der Bahnhofstraße zur Regel würden. Sie wollte mit diesem Redebeitrag ihrer großen Sorge Ausdruck verleihen.

Das Stadtratsmitglied, **Frau Wolf**, erklärt, dass ihr bei der Formulierung von Frau Leutheuser, dass viele Köche den Brei verderben, mulmig wird. Sie erklärt, dass man über den Spruch reden könnte, wenn man das darauf beziehen würde, dass der Oberbürgermeister die Angelegenheit zur Chefsache erklärt hat und Herr Köckert sich sehr stark eingebracht hat. Wenn dieser Ausspruch aber auf die Arbeitsgruppe oder die Bürgerbeteiligung bezogen ist, die Frau Wolf sehr positiv bewertet, dann müsste sie hier ganz klar Widerspruch anmelden. Sie ist froh darüber, dass es gestern klar und einstimmig zu der Ablehnung der Abwägung im Bauausschuss gekommen ist. Sie legt dar, dass der Entwurf des Bauplanes offensichtlich mangelhaft war, was der Bürgerprotest, die Podiumsdiskussion und der normale Menschenverstand gezeigt hätte. Der Entwurf ist ihrer Ansicht nach nicht zustimmungsfähig. Sie erklärt, dass es eigentlich Konsens war, dass der Entwurf zurückgezogen und komplett neu überarbeitet werden muss. Sie hat es überrascht, mit welchem „Schweinsgalopp“ das Thema auf einmal durchgezogen werden sollte. Sie erklärt, dass sie am Freitag die sehr umfangreiche

Abwägung im Briefkasten hatte und bereits am Montag der Stadtentwicklungsausschuss und am Dienstag der Bauausschuss dazu tagen sollte. Sie findet es einen unsauberen Stil, dass dies auch noch in den Schulferien stattfand. Sie möchte keine Bewertung zum Ladungsmangel abgeben, da sie der Meinung ist, dass, wo gearbeitet wird, auch Fehler passieren. Sie möchte niemandem die Schuld zuschieben und diskreditieren. Allerdings hätte sie eine Fehleranalyse interessiert. Der Inhalt der Abwägung hat ihrer Meinung nach viele Merkwürdigkeiten, aber vor allem sehr wenig konkretes. Der Duktus war, dass alles schon irgendwie gehen wird. So kann man in ihren Augen keine Abwägung machen, weil eine Abwägung zu einer Bauplanung eine rechtliche Wirkung hat. Sie gibt an, dass alles, was in dieser Abwägung nicht steht oder nicht ausdrücklich genannt ist, im Nachgang nicht mehr in dieser Weise rechtsverbindlich geregelt werden könnte. Sie erklärt, dass im Normalfall die Abwägung gemacht wird und alles, was kritisiert und klar benannt ist, wird geändert. Falls das nicht stattfindet, könnte man sich nicht darauf verlassen. Für sie heißt das, wenn in der Abwägung steht, dass man den Baukörper, so wie er vorgeschlagen ist, im Großen und Ganzen für OK hält und nur marginale Veränderungen daran haben will, so würde das am Ende auch so passieren. Sie erklärt, dass in der Abwägung steht, dass sowohl groß- als auch kleinteiliges Gewerbe vorgesehen ist. Sie ist der Meinung, dass Frau Leutheuser anders reden würde, wenn sie wüßte, dass eine Apotheke darin ist. Nach dieser Abwägung wäre eine Apotheke im Tor zur Stadt durchaus möglich. Sie erklärt, dass sie damit nur klarmachen wollte, dass in der Abwägung steht, dass ein kleinteiliges Gewerbe möglich ist. Es gab aber eine Verabredung, dass es ein Fachmarktzentrum werden sollte und genau das wäre in der Abwägung nicht enthalten. Sie legt dar, dass das „Tor zur Stadt“ ein Bauwerk wird, von dem sehr viel für die Stadt, das Wohl und Wehe der Innenstadt, abhängt. An dieser Stelle hat der Stadtrat eine Verantwortung. Sie erklärt, dass Porzellan zerschlagen wurde, auch durch das Agieren unter Zeitdruck. Dieser Zeitdruck lässt bei ihr Misstrauen entstehen. Sie findet, dass das Vorgehen gestern im Bauausschuss, zum einen die Ablehnung der Abwägung und zum anderen den Vorschlag, noch einmal einen Workshop einzuberufen, sehr gut, da die Bürgerbeteiligung sehr wichtig ist. Sie hält es für wichtig, mit dem Workshop noch einmal Akzeptanz zu schaffen und zu einer neuen Qualität eines neuen Bebauungsplanes zu kommen.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, erklärt, dass Frau Wolf deutlich gemacht hat, wo das Problem bei einem solchen Verfahren auch liegen kann. Es gäbe sehr viele Interessen beim „Tor zur Stadt“. Es würden sich Leute melden, von denen man nie vermuten würde, dass sie auch noch Interessen haben. Weiterhin gibt er an, dass es Leute in verschiedenen Gremien gibt, die der Meinung sind, dass an diesem Standort eine Lösung gelänge, die allen alles recht machen wird. Herr Köckert gibt an, dass gerade das Beispiel mit der Apotheke von dieser Denkweise zeugt. Er ist der Meinung, dass man einen Workshop machen kann, Arbeitsgruppen einrichten kann und vieles anderes machen kann, aber dann wird man nicht zu einem Ergebnis kommen. Das sieht er als große Gefahr. Er erklärt auch, dass der Investor bis 2012 die Arbeitsplätze nachweisen muss und man auf der Zeitschiene von 2005 bis 2012 schon so gut wie auf der Mitte angekommen ist. Bis jetzt wurde dekontaminiert. Herr Köckert verweist auf die finanziellen Probleme, die auf die Stadt zukommen würden, wenn man den zweiten Teil der Maßnahme verhindern würde. Er erklärt, dass man zu einem Erfolg verpflichtet ist. Er ist gespannt, wie das weitere Vorgehen an dieser Stelle gesteuert werden wird. Durch die Verlegung des Busbahnhofes wäre man in eine weitere Kurve gekommen. Aus diesem Grund müsste sowieso ein zweiter Entwurf ausgelegt werden, in dem klar festgelegt wird, wo der Busbahnhof hinkommt, wie am Ende die Müllerstraße verläuft und welche Größenordnung und Füllung dieses Einkaufszentrum bekommt. Er

apelliert an die Verwaltung, das Verfahren so zügig wie möglich durchzuführen, weil genug Zeit in diesem Planverfahren auf der Strecke bleiben wird. Nach seiner Meinung wird sonst irgendwann der Investor sagen, dass die Stadt ihre vertraglichen Pflichten nicht eingehalten. Er möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass die Workshops, Arbeitsgruppen und Gremien von Leuten besetzt werden, die am Schluss keine Verantwortung für das Ergebnis haben, denen keiner nachsagen wird, dass hier etwas vor den Baum gefahren wurde, was der Stadt dann Millionen an Schadensersatz und Fördermittelrückzahlung kostet. Er ist gespannt, wem dann die Verantwortung zugeschoben wird. Ihm ist klar, wer dann nicht dafür die Verantwortung übernehmen wird.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass der Inhalt der Diskussion ihn betroffen macht. Er denkt, dass er vorab sagen kann, dass dieses Bauvorhaben eines der wichtigsten der letzten Jahre in Eisenach ist, da es die Stadt prägen wird und auch noch in 25, 30 und 55 Jahren stehen wird. Er erklärt, vor allem an die Adresse von Frau Wolf, dass es kein verantwortungsvoller Umgang ist, nach einer langen fachlich geführten Diskussion im Bauausschuss, sicher auch emotional, mit Fachleuten, Bürgern und der Verwaltung, diese Situation parteipolitisch auszunutzen. Er ist der Meinung, dass Frau Wolf schon vorgezogenen Landtagswahlkampf betreibt und das nicht im Sinne dieses Objektes ist, sondern verantwortungslos ist. Er stellt klar, dass er es war, der ganz bewusst eine Arbeitsgruppe eingerichtet hat, ohne die Politik daran zu beteiligen, sondern diese nur mit Fachleuten und einem externen Arbeitsgruppenleiter besetzt hat. Er erinnert daran, dass, nachdem sich die große Diskussion um den ZOB abzeichnete, er das Bebauungsplanverfahren angehalten hat, bis es eine Lösung gab. Er ist der Meinung, dass es an dieser Stelle eine Bebauung geben muss, und zwar in dem Rahmen, der durch die Beschlüsse dieses Stadtrates über 4 Legislaturperioden seit 1993, gesteckt wurde. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, erklärt, dass es eine Bebauung mit einem Fachmarktzentrum geben wird. Es müsste noch einmal genau der Unterschied zwischen einem Fachmarkt- und einem Einzelhandelszentrum dekliniert werden. Es legt dar, dass es einen breiten Konsens gibt, aber wenn die Verwaltung dabei ist, den Konsenswillen zu erfüllen, das auch falsch wäre und dann mit Polemik gearbeitet werden würde. Er weist die Unterstellung, hier im „Schweinsgalopp“ durchzuziehen, zurück. Er erklärt, dass, diejenigen, die erst vorige Woche munter geworden sind und das Abwägungsergebnis gelesen haben, ein Jahr lang die Unterlagen nicht angeschaut haben. Er bemängelt die Qualität der Arbeit. Er fordert von Abgeordneten, die auch noch ein Landtagsmandat haben, mehr Qualifikation. Weiterhin bemängelt er die Taschenspielertricks, zum Beispiel mit einem Ladungsmangel, mit denen hier gearbeitet wird. Er weist darauf hin, dass zwar ein Ladungsmangel vorhanden ist, aber dieser keine Auswirkungen hat und damit nicht rechtsrelevant ist. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, appelliert an den Stadtrat, zur Gemeinsamkeit der Verantwortung zurückzukehren. Weiterhin macht er deutlich, dass es auch nicht richtig wäre, die Illusion zu schüren, dass der Bebauungsplan mit allen Inhalten vom Tisch ist und ganz von vorne angefangen wird. Er gibt an, dass diese Beschlussvorlage von vorn herein das Abwägungsergebnis beinhaltet, nach dem der Bebauungsplan nicht fortgeführt werden soll, sondern ein neuer Entwurf ausgelegt werden soll, mit genau diesen Inhalten, die in dem breiten Konsens gefunden wurden. Er versteht nicht, was die Polemik soll, wenn im Bauausschuss Einigkeit darüber herrschte, dass man mit einem anderen Abstimmungsverhalten dasselbe Ergebnis erzielt. Er gibt an, dass alle diejenigen, die sagen, dass sie nicht wissen, was für Verträge bestehen, sich die Anfrage 371/2008 ansehen sollten, in der noch mal alle Pflichten und Fristen explizit aufgeführt sind.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, erklärt, dass sie den Vorwurf des Wahlkampfes hier deplaziert findet und der Oberbürgermeister Wahlkampf betrieben hätte. Sie möchte daran erinnern, dass, als das Tor zur Stadt in die Planung gegangen ist, der erste Stadtratsbeschluss die Sanierung der Altlasten war. Als der erste Spatenstich war, hingen in dem Festzelt schon die Vorstellungen, wie das alles bebaut werden sollte. Hier hätte man zum ersten Mal erfahren, was dort geplant war. Es wären bereits Dinge, am Stadtrat vorbei, festgeklopft wurden, von dem der Stadtrat noch nichts wusste. Sie hält diese Informationspolitik als einen der wesentlichen Gründe dafür, dass Herr Schneider die Wahl nicht mehr geschafft hat. Weiterhin findet sie, dass auf den Flyern, die zur Wahl verteilt werden, die Bürgerbeteiligung immer an erster Stelle steht, aber wenn es dann ernst wird, das plötzlich nicht mehr richtig ist. Sie ist auch der Ansicht, dass man sich nicht bei öffentlichen Veranstaltungen hinstellen kann und alles akzeptieren kann, aber hintenrum dann versucht, bestimmte Dinge einfach durchzudrücken. Sie findet es nicht unsinnig, den ersten Entwurf nicht zu beschließen und den zweiten Entwurf noch mal breit zu diskutieren und auszulegen, da der erste Abwägungsergebnis so viele Mängel aufweist. Das wäre auch nicht mit einer großen Verzögerung verbunden. Sie gibt an, dass es eine Unterstellung ist, dass die Fraktion nicht für eine Bebauung und die bestmögliche Lösung für das Tor zur Stadt ist. Aber so etwas würde nur gemeinsam gehen und Eisenach wäre nicht die Stadt des Oberbürgermeisters oder die Stadt des Stadtrates, sondern die Stadt der Bürgerinnen und Bürger. Deswegen wird die Fraktion diesen Auslegungsentwurf ablehnen, da es die Chance gibt, im zweiten Entwurf die strittigen Punkte auszuräumen. Das hätte nichts damit zu tun, ein Bauvorhaben zu verhindern oder zu verzögern.

Frau Winter stellt den Geschäftsordnungsantrag **Schluss der Debatte und Einberufung des Ältestenrates**

Die **stellvertretende Vorsitzende, Frau Werner**, unterbricht die Debatte und beruft den Ältestenrat ein.

Pause: 18:25 Uhr – 18:45 Uhr

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag – Schluss der Debatte:

Abstimmung: 26 Stimmen dafür
 2 Stimmen dagegen
 4 Stimmenthaltungen

Damit ist die Debatte beendet.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die vorliegenden Abwägungsvorschläge (Anlage: Teil 1 und 2) werden als Abwägungsergebnis beschlossen und das Abwägungsprotokoll zur Verfahrensakte genommen. Das Abwägungsergebnis wird den Beteiligten mitgeteilt. Die Abwägungsergebnisse fließen in den neuen B-Plan 6.1 ein und dieser wird erneut ausgelegt, mit dem ausdrücklichen Hinweis, dass unabhängig vom Abwägungsergebnis zu allen Belangen erneut Stellung bezogen werden kann. Das Beteiligungsverfahren soll ohne Einschränkung (ohne die Optionen aus § 4 Abs. 3 Satz 2 bis 4 BauGB) stattfinden.

Abstimmung: **0 Stimmen dafür**
 24 Stimmen dagegen
 9 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0709/2008

Damit ist der Beschluss abgelehnt.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, bedauert, dass es im Verlauf der Debatte durch von ihm vorgebrachte emotionale Äußerungen zu einer Verallgemeinerung der Abgeordneten gekommen ist. Er entschuldigt sich dafür. Die Äußerungen wären ausdrücklich personifiziert gemeint gewesen.

Nr. 14 der TO: **Regiebetrieb Amt für Tiefbau und Grünflächen**
 hier: Beendigung der Ausgleichszahlungen

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

Nr. 15 der TO: **Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln für die**
 Mehrkosten der Brücke über die Hörsel im Zuge der Mühlhäuser
 Straße

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

Nr. 16 der TO: **Sanierung Stadtschloss 5./6. Bauabschnitt**
 hier: Überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 427.000,-- €

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 427.000,00 € in der Haushaltsstelle 61500.94008 Sanierung/Ausbau Stadtschloss Eisenach, 5. Und 6. Bauabschnitt.

Die Deckung erfolgt aus folgender Haushaltsstelle:

61500.36108 – Landeszuweisung zum Stadtschloss Eisenach

- 1. Zusätzliche Landeszuweisung in Höhe von 341.600,00 € für die Bauabschnitte 5 (2ter Finanzierungsabschnitt) und 6**
- 2. Zusätzliche Landeszuweisung in Höhe von 85.400,00 € für Bauabschnitt 6 (Senkung Mitleistungsanteil)**

Abstimmung: **34 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0710/2008

Nr. 17 der TO: Antrag der EA-Stadtratsfraktion – Bewerbung als „Ort der Vielfalt“

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, begründet den Antrag.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Die Verweisung des Antrages der EA-Stadtratsfraktion – Bewerbung als „Ort der Vielfalt“ in den Haupt- und Finanzausschuss.**

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Nr. 18 der TO: Antrag der BfE-Stadtratsfraktion – Prüfung Einrichtung „Nette Toiletten in Eisenach“

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Verweisung in den Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein**, begründet den Antrag.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Der Antrag der BfE-Stadtratsfraktion – Prüfung Einrichtung „ Nette Toiletten in Eisenach“ wird in den Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss verwiesen.**

**Abstimmung: 34 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Nr. 19 der TO: Antrag der EA-Stadtratsfraktion – Ausstieg aus Derivate-Handel

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, begründet den Antrag.

**Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:
Der Beschluss des Stadtrates vom 31.08.2007 zur Ermächtigung des Oberbürgermeisters zum Einsatz derivater Finanzierungsinstrumente wird**

aufgehoben. Der Vertrag über die externe Beratung für die „Optimierung des Zinsmanagements“ wird beendet.

**Abstimmung: 33 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Nr. 20 der TO: Anfragen

Reg.-Nr. 356/2008 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Schenke
Thema: Grundsteuererlass bei strukturellem Leerstand
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 357/2008 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Schenke
Thema: Daten der Einwohnermeldeämter
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 358/2008 Anfrage der EA-Stadtratsfraktion
Thema: Austrocknung des Siebenbornteiches
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 359/2008 Anfrage der CDU-Fraktion
Thema: Unterbindung gefährlicher Spiele am Bahnsteig im Ortsteil
Hörschel

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, fragt, ob dem Oberbürgermeister oder den Mitarbeitern aufgefallen ist, dass an der Nordseite, gegenüber dem Bahnsteig neben dem geologischen Denkmal ein ausgesprochen leichter Zugang auf die Gleise existiert, weil dort ein Weg vorbei führt, vom dem man unmittelbar auf die Gleise gelangen kann. Nach Meinung von Herrn Köckert müsste die Bahn aufgefordert werden, hier noch einen Zaun zu errichten.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, macht deutlich, dass er diesen Hinweis aufgreifen wird.

Reg.-Nr. 360/2008 Anfrage der CDU-Fraktion
Thema: Einbindung der Stadt Eisenach in die Aktivitäten zur Lutherdekade/Luther 2007 – I

Das **Stadtratsmitglied, Herr Klopffleisch**, fragt, wieso das Land Thüringen entschieden hat, nur mit einer Stadt vertreten zu sein. Des Weiteren fragt Herr Klopffleisch, ob sich der Oberbürgermeister in Gesprächen mit den anderen Kollegen und dem Minister bemüht hat, dass die Stadt Eisenach diesen einen Sitz für Thüringen wahrnimmt.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass das Land Sachsen-Anhalt zeitlich hier sehr vorgeprescht ist und auch schon

Fakten geschaffen hat. Er macht deutlich, dass es ein aufwendiger Weg gewesen war, um eine Mitgliedschaft einer Thüringer Lutherstadt im Lenkungsausschuss zu erreichen. Diese Mitgliedschaft ging nur mit der Unterstützung des Thüringer Ministerpräsidenten und des Landesbischofs der Evangelisch-Lutherischen Kirche. Der letzte Einigungsvorschlag, der aber leider noch nicht bestätigt ist, ist, dass aus jedem dieser drei mitteldeutschen Länder eine Stadt nur noch Mitglied sein soll. Des Weiteren informiert der Oberbürgermeister, dass also auch Sachsen-Anhalt eine Stadt zurückziehen muss und das Land Sachsen durch Torgau repräsentiert wird. Zur zweiten Frage erklärt der Oberbürgermeister, dass der Kollege Kaminski der Kompromissvorschlag gewesen ist, weil er darauf bestanden hat, dass Eisenach dort Mitglied sein muss und dies auch begründet hat mit dem Standort der Wartburg als einer der wirklich welthistorisch bekannten Lutherstandorte. Der Minister folgte sehr weit dieser Intention und auch der Gemeinde- und Städtebund gab dem Oberbürgermeister das Mandat, die Thüringer Lutherstädte zu vertreten. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, macht deutlich, dass leider die Stadt Erfurt komplett dagegeengehalten hat und genauso massiv versucht hat, diesen Sitz zu erhalten. Der Kompromiss war dann der Bürgermeister von Schmalkalden. Die Chancen mit Schmalkalden hält der Oberbürgermeister für besser.

Reg.-Nr. 361/2008 Anfrage der CDU-Fraktion
Thema: Einbindung der Stadt Eisenach in die Aktivitäten zur Lutherdekade / Luther 2007 – II
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 362/2008 Anfrage der CDU-Fraktion
Thema: Einbindung der Stadt Eisenach in die Aktivitäten zur Lutherdekade / Luther 2007 – III

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, stellt fest, dass die Anlage fehlt.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass sie nachgereicht wird.

Reg.-Nr. 363/2008 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Hardel
Thema: Auswirkungen der Finanzkrise
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 364/2008 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Bauer
Thema: Preisregelung Parkhaus Uferstraße und Notwendigkeit künftig besserer Auslastung

Das **Stadtratsmitglied, Herr Schenke**, fragt, wie man die Zeitschiene schaffen will.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, macht deutlich, dass er die Parkgebührenordnung in Kraft setzt.

Reg.-Nr. 365/2008 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Bauer
Thema: Treppenaufgänge und Zuwege zur J. Kürschner-Straße und zur Fritz-Koch-Straße
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 366/2008 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Bauer
Thema: Städtischer Rahmen für Eintrittsermäßigungen auf der Grundlage des SGB IX

Das **Stadtratsmitglied, Herr Bauer**, fragt nach einem Konzept, wie man Einfluss nehmen kann.

Reg.-Nr. 367/2008 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Bauer
Thema: Nachfrage zur Einführung Thüringer Ehrenamts-card
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 368/2008 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Bauer
Thema: Gestiegene Heizkosten bei der Gewährung angemessener Kosten der Unterkunft bei Hartz IV-Empfängern
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 369/2008 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Bauer
Thema: Wohnberechtigungen für das Gebäude Schmelzerstr. 16-18

Das **Stadtratsmitglied, Herr Bauer**, fragt, inwieweit in diese Regelung die Unterkunftsrichtlinie der Stadt Eisenach eingreift.

Nach Aussage des **Oberbürgermeisters, Herr Doht**, gar nicht.

Reg.-Nr. 370/2008 Anfrage des Stadtratsmitgliedes Herrn Bauer
Thema: Ahornbaum und Bauprojekt behindertengerechtes Wohnen hinter dem Gebäude Schmelzerstraße 12

Das **Stadtratsmitglied, Herr Bauer**, fragt, ob man es nicht so heilen kann, dass der Baum stehen bleiben kann.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass der Baum bereits gefällt wurde.

Reg.-Nr. 371/2008 Anfrage der B 90/Die Grünen Stadtratsfraktion
Thema: „Tor zur Stadt“

Der **Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger**, fragt, ob aus beiden Verträgen ein sofortiger Handlungsbedarf gegeben ist.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass man gehalten ist, Baurecht zu erhalten.

Reg.-Nr. 372/2008 Anfrage der B 90/Die Grünen Stadtratsfraktion
Thema: „Tor zur Stadt“

Der **Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Herr Schweßinger**, fragt, ob der Investor der Aufforderung nachgekommen ist.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, erklärt, dass das Nutzungskonzept noch nicht vorliegt.

Ende der öffentlichen Sitzung um 19:10 Uhr

Pause von 19:10 bis 19:15 Uhr

Die nächste Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach findet am 28. November 2008 statt.

Werner
Stellv. Vorsitzende des Stadtrates

f.d.R.d.P.: Steffan
Schriftführerin